

# Saalefische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1919 Nr. 382 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 212



Bezugspreis: für Halle und Decore monatlich RM. 1,50, vierteljährlich RM. 4,50, halbjährlich RM. 8,00, jährlich RM. 15,00. Durch die Post monatlich RM. 1,65, vierteljährlich RM. 4,95, halbjährlich RM. 8,50, jährlich RM. 15,50. **Morgen-Ausgabe** Anzeigenpreis: Die Zeig. 38 mm breite mm-Quadrat 20 Pf. Die 50p. 90 mm breite mm-Quadrat 40 Pf. Annon. 100 mm 20 Pf. Erhaltungssatz Halle-Saale, 60 Pf. Reichsweite Berlin: Sennberger Str. 80, Fernamt Amt Kurant Nr. 6390. Halle: Sennberger Str. 80, Fernamt Amt Kurant Nr. 6390. Halle: Sennberger Str. 80, Fernamt Amt Kurant Nr. 6390.

# Erzbergers Enthüllungen in England

## Neueste Tagesnachrichten

- \* Die Heeresverwaltung ist auf das Reich übergegangen. Kommandogewalt und Verwaltungsbefugnisse stehen den Gliedstaaten nicht mehr zu.
- \* Die preussische Regierung hat beschlossen, dem Reich die Bestimmungen über die Unterbringung der Gefangenen zu überlassen.
- \* Dem Minister für Volkswirtschaft ist eine Note von 50 Millionen Mark für Wohnungsbaueine überreicht worden.
- \* Das chinesische Abgeordnetenhaus hat eine Vorlage angenommen, nach der der Friede mit Deutschland wieder hergestellt ist.
- \* Der Streik der Grubenarbeiter in England hat eine Ausdehnung erfahren. In mehreren Distrikten ist der Generalstreik ausgedehnt.

## Harmsworth gegen Erzberger

Amsterdam, 6. August.  
Im Unterhaus erklärte Harmsworth an den Enthüllungen Erzbergers in Weimar über das Friedensangebot, das angeblich im August 1917 von der Entente an Deutschland gerichtet worden sein sollte, daß Erzbergers Darstellungen keineswegs eine richtige Wiedergabe der Tatsachen enthalten. Harmsworth gab eine Auseinandersetzung des tatsächlichen Vorganges der Ereignisse und legte dar, daraus ergebe sich, daß die britische Regierung damals keinesfalls eine Annäherung an Deutschland gesucht habe.

## Die Schildkröte

Unter dieser Ueberschrift schreibt Staatsminister Dr. Helfferich in der Kreuzzeitung:  
Am Sonabend habe ich an dieser Stelle eine Bemerkung über die Aufklärung des Reichsfinanzministers Erzberger gegen den General Ludendorff und mich zurückgewiesen. Ich habe dabei den Ton umgedreht und, wie ich glaube, in kaum zu übertreibender Deutlichkeit gegen Herrn Erzberger die Anklage erhoben, nicht nur daß er selbst im Kriegsbüro diejenigen Dinge zu begreifen vermag, die er hinsichtlich der belgischen Kampfeinschlüsse dem General Ludendorff und mir zum Vorwurf macht, sondern vor allem, daß er sich nicht scheut hat, in seiner Doppeltzung als Abgeordneter und interessiertes Aufsichtsratsmitglied eines Privatunternehmens der Reichsregierung höherrechtswidrige Handlungen und eine Verletzung privater Sonderinteressen auf Kosten der Allgemeinheit anzunehmen.  
Herr Erzberger schweigt.

Meine früheren Anklagen, die in ähnlicher Richtung gingen, beliehen noch wie vor. Herr Erzberger hat einen schäudernden Verlust der Gegenwart in einem besonders begünstigten Fall gemacht. Ich habe mit einem Auszug aus dem amtlichen Bericht der betreffenden Behörde gearbeitet und festgestellt, daß auf Grund des von mir erwähnten Vorfalls diese Behörde abgelehnt hat, Herrn Erzberger weiterhin als Mitglied der Aufsichtsratsmitglieder eines Privatunternehmens der Reichsregierung zu akzeptieren. Darüber sind vierzehn Tage ins Land gegangen.

Und Herr Erzberger schweigt.  
Auch die Reichsregierung schweigt. Sie hält es offenbar — trotz der reinen Demokratie der Welt — nicht für unter ihrer Würde, einen Mann als führendes Mitglied und Finanzminister in ihren Reihen zu haben, der unter dem „verklügelten alten Regime“, das noch an altmodischer Feindschaft litt, von einer Impulse beherrschten als nicht mehr geeignet angesehen wurde, in Belgien als „Schildkröte“ zu fungieren.

Und dies ist schmerzhaft und dumme Reichsregierung erklärt durch ihr amtliches Telegrammen-Büro ein Aufgebot, es möchten ihr die Vertreter von „Verhandlungen“ gegen Herrn Erzberger zur Kenntnis gebracht werden, „damit sie in der Lage ist, den Vertreter zur Rechenschaft über vor das Strafgericht zu ziehen!“ Ich bekenne mich zur öffentlichen Verbreitung von Unwahrheiten gegen Herrn Erzberger, wie ich sie nicht einen Tag auf mir sitzen lassen würde und wie ich sie im Falle des Offenbar von Herrn

Erzberger inspirierten „Berliner Tageblattes“ sofort mit der Einleitung einer Verleumdungsbekämpfung habe. Ich wünsche nichts Besseres, als von der Reichsregierung, vor das Strafgericht gezogen zu werden, um dort auf Grund eidlicher Feststellungen zeigen zu können, wie die Hände aussehend, die heute vor allen anderen die Schicksale unseres armen Vaterlandes lenken. Aber die Regierung, die mich so drohenden Gebärden nach bösen Zeiten suchte, die Herrn Erzberger wehe tun, identisch auf mich zarte Rücksichten zu nehmen, die ich in keiner Weise beanpruche.  
Sei denn, wie es wolle: Dieser Teil meines Kampfes geht gegen den früheren in Deutschland unbesonnenen App als politisch-parlamentarischen Geschäftsmachers und damit gegen die politisch-parlamentarische Korruption, und er wird ausgefochten werden, auch wenn Herr Erzberger Schildkröte spielt, Kopf und Hüfte einzieht und sich tot stellt.

## „Landsturmann Erzberger“

Die „Post“ berichtet heute die Äußerungen über die Jurisdiktion des Herrn Erzberger. Aus diesen Äußerungen geht hervor, daß Herr Erzberger es immer wieder verstanden hat, sich von der Einziehung zu drücken, trotzdem von den militärischen Stellen immer wieder darauf hingewiesen wurde, daß die weitere Jurisdiktion Erzbergers in der weissen Krone der Weidwörter seines Kreises die größte Mißgunst erzeuge. Das Blatt schließt an die Verurteilung der Militärische folgende Bemerkung:

Es ist, wie sich aus diesen Äußerungen ergibt, nicht möglich gewesen, den Landsturmann Erzberger einzuziehen. Erst war es „im finanziellen Interesse“ unzulässig und, als die Feindschaft für ihn geltend gemachten Zurücksetzungsgründe, nicht mehr als vorliegend angesehen wurden, so machte ihn seine Eigenschaft als Mitglied des Reichstages gegen den Schlußproben immun. Der Reichsminister möchte die Sache andeuten, wie er wollte — bei Erzberger war nichts zu machen. Als dann der Krieg zu Ende ging und der Reichsminister geschlossen wurde, hat Herr Erzberger in Aktion. Aber nicht der Landsturmann Erzberger, sondern der Unterhändler, der uns von Enttäuschung zu Enttäuschung geführt hat.

## Die Besetzung Oberschlesiens

Köpenhagen, 6. August.  
Eine amtliche Meldung aus Warschau besagt, die Friedensunterhandlung habe beschlossen, daß Ententeuppen Oberschlesien bis zur Abklärung der Volksstimmungen besetzen sollen. Die Tschecho-Slowaken haben den polnischen Vorschlag abgelehnt, den tschecho-polnischen Grenzstreifen durch Volksstimmungen aus der Welt zu schaffen. Die tschechischen Delegierten haben Warschau bereits wieder verlassen.

## 50 Millionen für Wohnungsbauten

Berlin, 6. August.  
Die veranlaßt, hat die preussische Regierung dem Minister für Volkswirtschaft eine Note von 50 Millionen Mark für Wohnungsbauwerke und die Wiederbesetzung der Bauaktivität überreicht.

## Das Reich und die Heeresverwaltung

Berlin, 6. August.  
Durch die Verfassung ist die Heeresverwaltung auf das Reich übergegangen. Verordnungsgebungs- und Kommandogewalt steht dem Reich zu. Bis zum 1. Oktober werden die Ministerien der Gliedstaaten und der gegangenen sonstigen Militärbehörden in Reichswehrstellen umgewandelt werden. In die Ehre der preussischen Reichswehrbefehlshaber tritt bis auf weiteres der bisherige preussische Kriegsminister Herr Einhardt, für Bayern ist Generalleutnant Wasthach vorgesehen, für Sachsen Generalmajor Oberhausen, und für Württemberg Oberstleutnant Tillwarth.

## Bayern gegen Erzbergers Finanzpläne

München, 6. August.  
Der bayerische Landtag beschäftigt sich neuerdings mit dem Finanzprogramm Erzbergers. Nach Mitteilung des Finanzministers sind die Verbänden von einer Einziehung aller bundesstaatlichen Minister mit dem Reichsfinanzminister über die vorgelegten Steuerpläne unrichtig. Der Reichsminister hat die Wünsche gegen die Erzbergerschen Pläne zu klären. Von gegen demokratischen Seite wurden die Steuerentwürfe Erzbergers als nicht beackm. Er wolle offenbar Geldkäufe auf Kosten Bayerns machen. Gleichgültig wurde mitgeteilt, daß gegenwärtig auch in Bayern Verhandlungen mit dem Reichsminister wegen der Eigentumsverhältnisse an den militärischen Anlagen und Liegenschaften, die durch den ein

Kompromiß erledigt werden können, indem die schwebende Schuld Bayerns von 650 Millionen Mark das Reich übernehmen würde, während das Reich die militärischen Liegenschaften zum Eigentum bekäme.

## Neue 6 Milliarden für das Reich

Weimar, 6. August.  
Der Nationalversammlung ist heute der Entwurf eines Gesetzes betreffend die vorübergehende Veräußerung der öffentlichen Reichsanteile der Reichsregierung für das Rechnungsjahr 1919 durch neue Veräußerung eines Fünftels von 6 Milliarden auszugehen. In der Begründung wird ausgeführt, daß seit dem 1. April 1919 bereits zweimal drei Milliarden bewilligt worden sind. Erzberger hat bekanntlich ausgedrückt, daß sich nicht als eine normale Veräußerung der Reichsmittel darstellen würde. Zugleich aber wird mühsig weiter geäußert, daß einer Milliarde reicht das Reich oder im Monat offenbar nicht aus, daher ist neues Papiergeld nötig.

## Der Friedensvertrag

Berlin, 6. August.  
Der Friedensentschluß der französischen Kammer löste gestern während drei Stunden den Generalstreik der Abgeordneten Barthou an, der schließlich mit 80 gegen 20 Stimmen (François Bonillon und Louis Rivallan) genehmigt wurde. Es haben sich 28 Mitglieder des Ausführenden der Abstimmung nicht teilgenommen.

Der Bericht beginnt mit einer historischen Darstellung der diplomatischen Ereignisse vom März bis zum August 1918. Der Bericht schließt sich ab, indem er die Art der deutschen Kriegsführung und nicht dem deutschen Generallstab vor, er habe die Kriegsführung in harter Weise durch die Durchführung von Zivilpersonen, durch Tötung von Geiseln, durch Deportation von Zivilpersonen, durch Plünderungen, durch Abtransport von Frauen und jungen Mädchen, durch Erschießung von Geiseln und Kaperaktionen, durch den Gebrauch von Giftgasen und schließlich durch den Unterseebootskrieg. Aus diesen Gründen müssen die Schuldigen gemäß Artikel 231 und 227 des Friedensvertrages bestraft werden. Barthou stellt ab, indem er, welches befristetes Ergebnis die Friedensverhandlungen hätten haben können, wenn die Regierung gemeinsam mit dem Parlament während der Verhandlungen die beabsichtigten in Frage kommenden Gebiete eingehend besprochen hätte. Was dem Friedensvertrag vor allem vorzuziehen sei, sei, daß er

das Werk Bismarcks nicht gefährde, im Gegenteil, die deutsche Einheit sei vertieft und durch den Vertrag formell anerkannt worden. Zu gleicher Zeit aber, bei der Wiltersburg und gerührt zu werden, und in der Form eine gewisse Härte. Was ihn ausseide, sei, daß er den Nationen das Recht über sich selbst zu verfügen, habe geben wollen, daß er den preussischen Militarismus vernichtet, den Völkerverbund gründete und den niedergebundenen Völkern das Leben und die Unabhängigkeit wiederbrachte, daß er seinen keine Aufwicklungen überwinden werden. Es müsse Deutschland unmöglich gemacht werden, wieder Erbsen anzubauen. Allem voran geht die Sicherheit Frankreichs, und aus dem Ruin des preussischen Militarismus liege der Völkerverbund der gegen Frankreich empor. Was Frankreich betreffe, so habe der Vertrag einer förmlichen Ungerechtigkeit ein Ziel gesetzt und das Randesgebiet wieder hergestellt. Unter der Voraussetzung, daß die Militären wachsam und solidarisch bleiben, werde der Vertrag Friede tragen.

Hebengang zu den territorialen Fragen stellt Barthou fest, daß der Vertrag auf diesem Gebiet ein Werk des Friedens und der Gerechtigkeit sei. Der Vertrag schaffe einen Welt der Gerechtigkeit, denn es gebe jetzt keine Fremden mehr. Was die finanziellen und wirtschaftlichen Klauen anbetreffe, so hebt der Bericht hervor, wenn auch die Kriegskosten nicht zurückbezahlt werden können, so sichere der Vertrag doch die Wiltersburg-erhaltung der Schäden, die Personen und Sachen aufgestellt worden seien. Man müsse erwarten, daß mit Frankreich die alliierten und assoziierten Mächte sich stets dessen bemüht seien, was Frankreich geliebt habe.

Der Berichtsteller behandelt ab, indem er eingehend die Frage des Finlen Reichens in der Welt, wie sie Wiltersburg-erhalten Clementine in der vorigen Woche dem Friedensausdruck darstellte. Er bemerkt auf eine Note der Regierung, die die Bedeutung der getroffenen Maßnahmen und des Frankreich spontan anbotenen Bündnisvertrages mit England und Amerika auseinandersetzt.

Zum Schluß sagt Barthou: Der Vertrag von Versailles lasse, was seine Grundzüge betreffe, eine gewisse Einigkeit zwischen den Nationen, die in der Form eine gewisse Härte. Was ihn ausseide, sei, daß er den Nationen das Recht über sich selbst zu verfügen, habe geben wollen, daß er den preussischen Militarismus vernichtet, den Völkerverbund gründete und den niedergebundenen Völkern das Leben und die Unabhängigkeit wiederbrachte, daß er seinen keine Aufwicklungen überwinden werden. Es müsse Deutschland unmöglich gemacht werden, wieder Erbsen anzubauen. Allem voran geht die Sicherheit Frankreichs, und aus dem Ruin des preussischen Militarismus liege der Völkerverbund der gegen Frankreich empor. Was Frankreich betreffe, so habe der Vertrag einer förmlichen Ungerechtigkeit ein Ziel gesetzt und das Randesgebiet wieder hergestellt. Unter der Voraussetzung, daß die Militären wachsam und solidarisch bleiben, werde der Vertrag Friede tragen.

Nach dem „Matin“ soll die Besprechung in der Vollversammlung jedenfalls nicht vor dem 2. oder 3. September beginnen.







